

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Günther Felbinger

Abg. Klaus Steiner

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Gisela Sengl

Staatssekretär Georg Eisenreich

Präsidentin Barbara Stamm

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Listennummer 24** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern
(Drs. 17/5334)**

Die noch offene Nummer 24 der Liste soll auf Wunsch der Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Geschäftsordnung 24 Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, hält es inzwischen für gefährlich, in überwiegend von Muslimen bewohnten Vierteln einiger Städte die Kippa zu tragen. Die Direktorin des American Jewish Committees in Berlin beklagt ein zunehmend antijüdisches Klima an öffentlichen Schulen. An vielen Schulen sei die Bezeichnung "Jude" inzwischen ein gängiges Schimpfwort. So stand es zumindest im Januar und Februar 2015 in vielen Medien.

Sicher ist in Bayern die Situation nicht so dramatisch wie in anderen Bundesländern.

(Zuruf von der CSU: Echt?)

Dennoch müssen uns diese Feststellungen aufschrecken; denn sie bedeuten, dass in Deutschland der Antisemitismus immer noch vorhanden ist. Auch die Zahl antisemitischer Straftaten hat in Deutschland im vergangenen Jahr mit rund 10 % stark zugenommen. Das sind zumindest die Zahlen der Amadeu-Antonio-Stiftung. Man kann über die Gründe trefflich streiten. Es gibt sicherlich ein ganzes Bündel an Ursachen, das man in den Blick nehmen muss. Aber das ist jetzt nicht unser Thema.

Aus Sicht von uns FREIEN WÄHLERN sind die beste Prävention gegen Intoleranz, Rassismus oder Antisemitismus eine gute Bildung und Wissen über die Vergangenheit.

Max Mannheimer, der Auschwitz und Dachau überlebt hat und den wir hier vor nicht allzu langer Zeit live erleben konnten, sagte in einer seiner vielen öffentlichen Auftritte immer wieder – ich zitiere –: "Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon." Dem ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Wir alle versuchen, seinem Credo gerecht zu werden. Unsere bayerischen Schulen machen diesbezüglich seit Jahren eine gute Arbeit, um die Jugendlichen auf ihrem Weg zu begleiten und sie in ihrer demokratischen Grundhaltung zu stärken. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen engagierten Lehrkräften, aber auch dem Ministerium danken.

Ich sage Ihnen ehrlich, dass wir FREIEN WÄHLER uns nicht leicht getan haben, diesen vorliegenden Antrag zu stellen, da wir gegen verpflichtende Anordnungen von oben sind und wissen, dass jedes Jahr bereits sehr viele Schulen nach Dachau oder Flossenbürg fahren, um vor Ort Unterricht zu halten. Doch schließlich haben wir uns dafür entschieden, weil ein solcher Unterrichtsgang im Lehrplan des Gymnasiums bereits verpflichtend vorgeschrieben ist und wir keinen Grund sehen, warum Real- oder Mittelschüler nicht dort hinfahren sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zudem spricht einiges dafür, dass Schülerinnen und Schüler von dem Besuch einer KZ-Gedenkstätte oder eines NS-Dokumentationszentrums profitieren könnten. Wir FREIEN WÄHLER sind auch der Überzeugung, dass die unmittelbare Begegnung mit außerschulischen Lernorten wie politischen Institutionen, Gedenkstätten oder Museen große Möglichkeiten und Ansatzpunkte dafür bietet, nachhaltiges Wissen zu erzielen. Außerschulische Lernorte fördern das Verständnis und die Vernetzung von Unterrichtsinhalten und bilden so einen Mehrwert für die tägliche Unterrichtsarbeit, natürlich

immer vorausgesetzt, dass ein solcher Besuch im Unterricht vor- und nachbereitet wird.

Junge Menschen lernen vor Ort auf eine andere Weise, weil ein geschichtsträchtiger Ort einfach schon von sich aus, von selbst wirkt. Das können alle Mitglieder des Bildungsausschusses, die im Jahr 2012 in Israel dabei waren und die Gedenkstätte Yad Vashem besucht haben, bestätigen. Ich möchte außerdem positiv erwähnen, dass die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit aufgrund eines Beschlusses des Bayerischen Landtags Klassenfahrten zu den bayerischen KZ-Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg finanziell unterstützt. Über die Landeszentrale werden für Schulklassen kostenlose Gedenkstätten-Führungen durch Lehrkräfte unterschiedlicher Schularten angeboten.

Das Angebot steht also zur Verfügung. Auch die Kosten sind überschaubar, weil bereits jetzt viele Schulen diese Kosten tragen. Deshalb plädieren wir dafür, dass an allen weiterführenden Schulen im Rahmen der Neukonzeption des "LehrplanPLUS" bei Mittel- und Förderschulen ab der 8. Jahrgangsstufe und bei allen anderen Schularten ab der 9. Jahrgangsstufe der Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus verpflichtend zu verankern ist. Umso erstaunter mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der CSU im Bildungsausschuss dafür ausgesprochen haben, neben dem Gymnasium nun auch für Realschulen verpflichtende Besuche vorzusehen, aber für Mittelschulen und Förderschulen weiterhin nicht. Das ist unverständlich, wenn man sich Ihre Argumentation zu Gemüte führt. Sie sagen, dass an Mittelschulen die Klassen zu heterogen seien und dies deshalb schwierig umzusetzen sei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie denken bitte an die Redezeit.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ja. – Sie führen weiter traumatisierte Flüchtlingskinder an, die mit diesem Besuch nicht umgehen könnten. Meine Damen und Herren, der erste Punkt ist gelinde gesagt lächerlich; denn an den Realschulen und

Gymnasien sind die Klassen inzwischen sehr heterogen. Gerade an Mittelschulen bringt ein Besuch besonders eindrückliche Erfahrungen, die immun gegen antisemitische Einstellungen machen können. In Richtung der CSU sage ich deswegen: Die Schülerinnen und Schüler von Mittelschulen haben das gleiche Recht auf Bildung wie die Schülerinnen und Schüler an allen anderen Schularten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte!

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wir wissen natürlich, dass mit unserem Antrag der Antisemitismus nicht aus der Welt geschafft wird. Aber im Sinne von Max Mannheimer -

(Unruhe bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege!

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): - sollten wir alle Bausteine aufnehmen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Ich bitte deshalb um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion, Herr Kollege Steiner. Bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Felbinger, Ihr Antrag ist gut gemeint. Sie haben vielleicht sogar einen guten Ansatz. Aber lächerlich ist bei diesem Thema gar nichts. Diese Aussage hätten Sie sich wirklich sparen können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist einfach ein Thema - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollen doch nur den Antrag ablehnen!)

- Herr Kollege Aiwanger, Sie müssen jetzt nicht mitgüllen. Sie haben ein Gülleverbot da herin. – Der Antrag ist vielleicht gut gemeint, allein der Weg ist falsch. Es steht außer Frage, dass das Lehren und Lernen außerhalb des Klassenraumes wichtig ist und das Lernerlebnis intensiver macht. Herr Felbinger, das gilt ganz besonders für den Besuch der Gedenkstätten. Sie selbst haben gesagt, dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind. Diese vertieften Einsichten liefern in der Tat wichtige Ansatzpunkte, um bei den Schülerinnen und Schülern ein Bewusstsein für ein dunkles Kapitel unserer Vergangenheit zu schaffen.

Deshalb ist es sinnvoll und wichtig, dass die Lehrkräfte, über die Schularten hinweg, die vielfältigen Möglichkeiten des außerschulischen Lernens nutzen und in ihren Unterricht lebendig zur Vertiefung einbauen. Der Mehrwert für den Unterricht sowie der Gewinn für die Schülerinnen und Schüler sind unbestritten. Dass die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dabei seit vielen Jahren unterstützend wirkt und den Lehrkräften als kompetenter Gesprächspartner zur Seite steht, ist ein wichtiger Aspekt, der in dieser Form bundesweit einmalig ist.

Meine Damen und Herren, für die Aufarbeitung und das Gedenken ist ein ständiger Umgang mit unserer Vergangenheit notwendig. Herr Felbinger, wir alle wissen aber auch, wie sorgfältig und sensibel wir mit diesem Thema umgehen müssen. Dies gilt insbesondere für das Heranführen von Schülern an dieses Thema. Genau hier liegt das Problem, dessentwegen wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. Warum soll der Besuch einer Gedenkstätte oder eines NS-Dokumentationszentrums für alle verpflichtend gemacht werden? Warum überlassen wir diese Entscheidung nicht den Lehrkräften, die Sie so gelobt haben, und den Schülerinnen und Schülern? Warum sollen wir für die Unterrichtsgestaltung strikte Vorgaben machen, statt die Lehrkräfte vor Ort individuell und eigenverantwortlich, nach der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler, entscheiden zu lassen?

(Beifall bei der CSU)

Herr Felbinger, Sie haben richtigerweise erwähnt, dass dieses Thema im Rahmen des "LehrplanPLUS", der jetzt für die Mittelschulen, die Realschulen und die Förderschulen neu aufgestellt wird, behandelt wird. Das Antragsthema ist dabei in der 8. und 9. Jahrgangsstufe zur Behandlung vorgesehen. Uns ist wichtig, dass die genannten Besuche für die Mittel- und Förderschulen eine Empfehlung sein und nicht verpflichtend verordnet werden sollten. Herr Felbinger, ich unterstelle Ihnen, dass Sie um die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen wissen. Diese Heterogenität ist sehr groß. Gerade hier ist ein achtsamer Blick, vor allem auf Schülerinnen und Schüler mit kognitiven und emotionalen Einschränkungen, notwendig. Ein Zwang wäre daher nicht zielführend.

Der langen Rede kurzer Sinn: Bei diesem Thema ist Fingerspitzengefühl und individuelle Einschätzung gefragt. Gerade an Mittelschulen haben wir Flüchtlingskinder und Kinder von Asylbewerbern. Darunter sind sehr viele Kinder aus muslimischen Familien, die keinen Zugang zu unserer Vergangenheit haben. Wir müssen dieses Thema gerade bei diesen Kindern behutsam angehen. Diese Kinder und deren Eltern werden noch sehr lange brauchen, bis sie sich mit unserer Vergangenheit identifizieren können.

In diesem sensiblen Bereich wird die Kompetenz der Lehrkräfte durch Fortbildungen und geeignete Materialien vertieft. Für die Wirtschaftsschüler ist eine verpflichtende Einführung solcher Besuche geplant. Die Schüler einer FOS oder BOS haben bereits in der Mittel- oder der Realschule Gedenkstätten besucht. Für diese Schüler ist das Thema damit abgedeckt. Eine verpflichtende Festlegung ist damit unnötig.

Unser Fazit: Letztlich kann und soll die Lehrkraft vor Ort im Rahmen ihrer pädagogischen Eigenverantwortung in den Mittelschulen und Förderschulen entscheiden. Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit will dieses Thema Anfang des nächsten Jahres noch einmal aufgreifen und es zusammen mit den Schulen beraten.

Lieber Herr Felbinger, noch eine Schlussbemerkung: Ich glaube nicht, dass dem von Ihnen angesprochenen Antisemitismus, der latent hie und da sicher vorhanden ist, wenn vielleicht auch nicht in dem Maße, wie Sie das glauben, durch die zwangsweise Führung von Förderschülern durch KZ-Gedenkstätten wirksam begegnet werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Steiner, einen kleinen Moment, bitte. Herr Kollege Piazzolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Steiner, ich stimme Ihnen völlig zu, dass dies ein sehr sensibles Thema ist, mit dem wir sorgfältig und vorsichtig umgehen müssen. Trotzdem ist mir die Unterscheidung, die Sie zwischen den verschiedenen Schularten getroffen haben, nicht klar geworden. Sie sprechen immer von "Zwang". Ich würde nicht von einem Zwang sprechen, sondern von einer Verpflichtung, die auch nicht für jeden gelten soll.

Sie sagen: Wir lassen den Zwang im Gymnasium zu, wir weiten ihn jetzt auf die Realschulen und die Wirtschaftsschulen aus, wir machen jedoch eine Unterscheidung bei den Mittelschulen und bei den Förderschulen. Das leuchtet mir nicht ein.

Ich komme zurück zu unserem Antrag. Darin steht das Wort "verpflichtend". Das bedeutet aber nicht "verpflichtend für jeden Schüler". Sie haben die Förderschulen angesprochen und die Möglichkeit erwähnt, dass jemand einen Flüchtlingshintergrund hat und entsprechend belastet ist. Ein solcher Schüler könnte sagen: Ich halte das nicht aus; ich kann da nicht mitgehen. – Selbstverständlich muss man nicht hingehen. Wir planen keinen Zwang für jeden Einzelnen; so ist der Antrag nicht angelegt. Vielmehr wollen wir, dass man keine Unterscheidung zwischen den Schülern der Schularten macht und meint: Den Gymnasiasten können wir es zumuten, und da – das haben Sie nicht gesagt - ist es vielleicht sogar leichter für die Lehrkräfte, und bei der Mittelschule

passt es vielleicht nicht in den Lehrplan – darin steht es übrigens; das haben Sie auch gesagt. Deshalb ist aus unserer Sicht eine grundsätzliche Verpflichtung für alle Schulen sinnvoll. Die Argumente, die wir hier vorbringen, konnten Sie zumindest aus meiner Sicht noch nicht entkräften. Dazu würde ich um eine Klarstellung bitten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr.

Klaus Steiner (CSU): Ich habe ausdrücklich gesagt, dass mit Blick auf die Zusammensetzung der Schüler an Förderschulen und Mittelschulen ein Unterschied zum Geschichtsunterricht am Gymnasium besteht. Konkret bedeuten die Aufklärung und Diskussion über unsere Vergangenheit, über den Nationalsozialismus dort eine ganz andere Aufgabe als in der Förderschule oder in der Mittelschule, wo man wegen der Kinder, auch wegen der Zuwandererkinder, mit einer ganz anderen Baustelle zu tun hat; ich drücke es einmal so aus. Und wenn, dann hätten Sie es besser konkretisieren müssen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Steiner. – Für die SPD-Fraktion folgt nun Herr Kollege Rosenthal. Bitte sehr.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steiner, ich hätte es mir nicht so schlimm vorgestellt. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Was Sie eben über Pädagogik erzählt haben, entspricht heute Gott sei Dank nicht mehr dem Stand der Lehrerbildung und -fortbildung und der Einstellung von vielen Pädagogen in den Schulen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich muss Ihnen auch an einer anderen Stelle widersprechen: Es gibt nicht nur ein bisschen Antisemitismus. Die ausländerfeindlichen Einstellungen sind in Bayern weit verbreitet. Ich zitiere die "Mitte"-Studie, die dies seit 2002 immer wieder - -

(Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

- Kollege, äußern Sie das doch gleich in einer Zwischenbemerkung, und dann reden wir darüber. Ich weiß: auf einem Auge immer blind. Aber für Bayern sind die Ergebnisse besorgniserregend.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das stimmt! Sie sind auf dem linken Auge blind!)

Ich zitiere gleich aus der Bertelsmann-Stiftung. Passen Sie dann auf, und dann bin ich auf Ihren Kommentar gespannt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Jörg, die "Mitte"-Studie zeigt, die Lage ist bundesweit besorgniserregend, und in Bayern ist sie besonders besorgniserregend. Jeder Dritte teilt hier ausländerfeindliche Einstellungen, und jeder Achte stimmt antisemitischen Aussagen zu, Herr Kollege. Und mitmachen und wegsehen war Teil der bürgerlichen Kultur im Nationalsozialismus.

Lublin, Auschwitz, Riga, Theresienstadt, Ispica und viele weitere europäische Orte rücken dadurch ganz nah an Deutschland heran. Ich zitiere unseren Bundespräsidenten Gauck:

Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes ... Die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich nicht nur im Erinnern ... Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Auftrag.

Diesen Auftrag haben wir auch ernst zu nehmen. Es ist eine bleibende Aufgabe, die Erinnerung auch unter den jüngeren Generationen wachzuhalten: so der Bundestagspräsident Lammert.

Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte Deutschlands und Europas fielen der Nazibarbarei zum Opfer. Dieses Erinnern ist wichtiger denn je. Das zeigen neue Feuer in unserer Gesellschaft; Feuer, wie sie uns von bezugsfertigen Asylbewerberheimen im Kreis Nürnberger Land und in Tröglitz vor Augen geführt worden sind. Gesät wird dieser Hass gegen Menschen, die von den Tätern als anders empfunden werden, durch salonfähig gewordene Ausländerfeindlichkeit. Und unsere Frage ist doch: Wie reagieren wir darauf?

Wir waren uns hier im Hohen Haus einig, dass die Generation der Zeitzeugen ausstirbt. Wir waren uns einig, dass wir hier uns gemeinsam schützend vor die jüdischen Gemeinden stellen wollen. Deshalb ist doch zu Recht gesagt worden, dass viele Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens in Angst leben und dass sich die antisemitischen Einstellungen nicht geändert haben, sondern bleiben.

Laut der Studie der Bertelsmann-Stiftung "Deutsche und Juden - Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?" wollen 58 % der Befragten einen finalen Schlussstrich unter das Thema der Judenverfolgung ziehen und nicht mehr so oft darüber sprechen. 81 % der Befragten möchten die Geschichte der Shoa hinter sich lassen. Das sind doch Ergebnisse, die uns alarmieren sollten.

Vier Säulen sind wichtig: Gedenken, Dokumentation, Forschung und Bildung. Durch die Bildungsmaßnahmen tragen wir entscheidend zur geschichtlichen und politischen Bildung bei. Bildung ist der Schlüssel, wenn plumpe Parolen mit Ressentiments anfangen, Ressentiments sich zu Hass entwickeln und Hass sich zu Verbrechen entwickelt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dringender denn je brauchen wir eine kontinuierliche und lebendige Erinnerungskultur. Wir brauchen auch ein vermittelndes Bildungsangebot für alle Schulen, vor allen Dingen auch für die beruflichen Schulen. Wenn Sie sich die erwähnten Studien anschauen, dann müssten Sie eigentlich aufstehen und sich wachgerüttelt fühlen. Der Besuch

von Täterorten und Dokumentationszentren trägt nicht nur zum besseren Verstehen bei, sondern bietet auch die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen.

Ich halte das, was Herr Professor Piazolo gesagt hat, für richtig. Ich bin dankbar, dass Sie das Wort "verpflichtend" relativiert haben; auch das war in unserer Fraktion ein Thema. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, nachdem wir länger in der Fraktion darüber gesprochen haben, und zwar aus den grundsätzlichen Erwägungen, die ich gerade verdeutlicht habe.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen uns schützend vor die Menschen stellen. Wir wollen nicht weitere Belastungen aufbauen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken auch Sie bitte an die Redezeit. Sie ist schon abgelaufen.

Georg Rosenthal (SPD): Ja. – Gerade jetzt, während viele Menschen mit Migrationshintergrund zu uns kommen – da gehe ich direkt auf Sie ein, Herr Steiner – heißt das: In vielen Schularten müssen wir überhaupt erst eine Erinnerungskultur aufbauen. Dafür sind Begegnungen und Besuche der Täterorte genau das richtige pädagogische Mittel. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion diesem Antrag zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Damit kommen wir zur Frau Kollegin Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir GRÜNE stimmen diesem Antrag zu. Wir hatten dazu im Bildungsausschuss eine etwas abstruse Diskussion geführt. Diese Abstrusität wurde jetzt vom Kollegen Steiner bestätigt und sogar verstärkt. Die CSU hat den Antrag nämlich mit dem

Argument abgelehnt, die Schülerinnen und Schüler der Mittelschule und der Förderschule wären kognitiv und emotional nicht in der Lage, das alles zu begreifen. Was heißt das ganz konkret? Soll ich es übersetzen? Sind diese Schüler zu dumm, um den Inhalt zu erfassen? – Sollte das Ihre Aussage sein, wäre das traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie verwenden die Begriffe kognitiv und emotional. Um zu begreifen, was in der NS-Zeit Schreckliches passiert ist, benötigt man keinen bestimmten Intelligenzquotienten. Stattdessen muss man mit allen Mitteln versuchen, sich mit dieser Zeit auseinanderzusetzen, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft und vor allem an den Schulen. Deshalb ist dies für alle Schultypen erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Umfassend und gründlich bedeutet eben nicht nur intellektuell, sondern auch emotional. Von einer Gaskammer zu lesen oder in eine hineinzugehen, ist ein Unterschied. Das tatsächliche Erleben dieser Orte des Schreckens sollten wir allen Schülerinnen und Schülern mitgeben. Das ist der Grund. Man kann etwas lesen und dann verleugnen und ignorieren. Wer jedoch einmal an einem solchen Ort war, wird nicht herausgehen und sagen: Alles, was erzählt wird, stimmt nicht. In unserer Gesellschaft gibt es immer noch genügend Leute, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder behaupten, diese Gräueltaten wären so nicht passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich ist eine Vor- und Nachbereitung dieses Themas in der Schule absolut wichtig. Die Lehrer, und gerade die Mittelschullehrer, sind pädagogisch hervorragend ausgebildet. Kein Lehrer schickt seine Schulklasse im Rahmen eines Ausflugs in eine Gedenkstätte. Selbstverständlich muss das vor- und nachbereitet werden. Dafür muss man entsprechende Stundenzahlen und Mittel bereitstellen.

Menschen mit einer eher geringen Bildung neigen verstärkt dazu, rechtes Gedankengut zu verbreiten, ausländerfeindlich, chauvinistisch und antisemitisch zu sein sowie den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Heute haben wir schon über den NSU gesprochen. Der NSU ist eine terroristische rechte Vereinigung und hat allein in Bayern fünf unschuldige Menschen ermordet. Damit das in Zukunft nicht mehr passiert, ist alles wichtig, was die Menschen aufklärt. Dabei geht es nicht nur um unsere eigene Vergangenheit, sondern um die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Diktaturen und mit der Frage, wozu Diktaturen fähig sind. Ich bitte Sie, ein Zeichen zu setzen und diesem Antrag gemeinsam zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Sengl. – Während sich Herr Staatssekretär Eisenreich auf den Weg zum Rednerpult macht, teile ich mit, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Morgen in einer Woche wird in der Landeshauptstadt München das NS-Dokumentationszentrum München eröffnet. Das ist eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung der Stadt, des Freistaats und des Bundes. Diese Eröffnung erfolgt genau in den Tagen, an denen wir uns an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren erinnern. Das bewegt uns in besonderer Weise. Wir setzen mit diesem NS-Dokumentationszentrum, das überparteilich und über die Grenzen der verschiedenen Ebenen hinweg realisiert wird, ein international beachtetes Zeichen. Damit entsteht ein weiterer Lernort zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und den Folgen des Nationalsozialismus. Damit haben wir in Bayern künftig mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, dem Dokumentationszentrum am Obersalzberg und dem Dokumentationszentrum in München drei herausragende Einrichtungen der Vermittlung von Zeitgeschichte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage das deswegen, damit man sieht, wie wichtig uns dieses Anliegen ist. Ich kann den FREIEN WÄHLERN, auch den Kolleginnen und Kollegen, die bisher gesprochen haben, nur zustimmen. Das Eintreten für Toleranz und Menschenwürde sowie der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus ist sowohl eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, als auch eine zentrale bildungspolitische Aufgabe. Einen Schlusstrich, egal wie viele Leute das in unserer Gesellschaft leider wollen, kann und wird es auch nie geben.

Deshalb danke ich den FREIEN WÄHLERN für ihren Antrag. In der Zielsetzung sind wir uns einig. Der Antragstext weist jedoch nicht die notwendige Differenzierung auf. Deswegen habe ich auch mit den Dokumentationszentren angefangen. Es gibt einen Unterschied zwischen den Dokumentationszentren und den Gedenkstätten. Dokumentationszentren sind die drei Einrichtungen, die ich beschrieben habe. Als Gedenkstätten sind in erster Linie Dachau und Flossenbürg mit ihren jeweiligen Außenlagern zu nennen. Diese Gedenkstätten sind Orte der Erinnerung mit einer ganz besonderen Bedeutung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind die Orte, in denen das NS-Terrorregime Menschen ihrer Würde beraubt, sie degradiert, traumatisiert und massenhaft ermordet hat. Insofern haben die Gedenkstätten eine singuläre Bedeutung in unserer Erinnerungskultur.

Wir möchten, dass die Schulen mit den Schülerinnen und Schülern im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus' auch historische Lernorte besuchen. Die KZ-Gedenkstätten haben als historische Lernorte für unsere Schulen in Bayern eine absolut herausgehobene Bedeutung. Deshalb gibt es eine nachdrückliche Empfehlung an alle Schularten, eine Gedenkstätte zu besuchen. Für die Gymnasien gibt es sogar eine entsprechende Verpflichtung. Der Besuch einer Gedenkstätte soll mehr leisten, als den Schülerinnen und Schülern Wissen zu vermitteln. Der Besuch soll dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler als Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll ethisch entscheiden können. Das erreicht man nur, wenn

man didaktisch differenziert, nachhaltig und – jetzt bitte aufpassen – altersgerecht vorgeht. Darüber hinaus muss man die individuelle Situation und, wie gesagt, das Alter jedes Schülers berücksichtigen. Deswegen sind wir der Meinung, dass dies niemand so gut beurteilen kann wie die Lehrkräfte an den Schulen vor Ort.

Einen verpflichtenden Besuch bereits ab der Jahrgangsstufe acht vorzusehen, erschwert den Schulen eine pädagogisch angemessene Entscheidung. Wie ich höre, soll der Besuch jedoch keine Verpflichtung mehr sein. Die Zielrichtung ist völlig richtig. Dieses Ziel haben wir auch. Deshalb gibt es diese nachdrückliche Empfehlung für alle Schularten. Da der Antrag in seinen Formulierungen nicht zwischen Dokumentationszentren und Gedenkstätten differenziert und zu pauschal ist, lehnen wir ihn ab. Unabhängig davon werden wir beobachten, wie der Start des NS-Dokumentationszentrums in München die Schülerbesuchszahlen an den bayerischen und grenznahen Gedenkstätten beeinflusst und wie sich die anderen Dokumentationszentren entwickeln werden. Das ist ein sensibles Thema, das wir uns genau ansehen werden. Pauschale Anträge, wie dies beim Antrag der FREIEN WÄHLER der Fall ist, sind dem Thema nicht angemessen. Mir ist vor allem eines wichtig: Nachdem alle Kolleginnen und Kollegen aller Parteien in diesem Haus das gleiche Ziel haben, sollten wir uns bei den Details der Umsetzung nicht unnötig in die Haare geraten. Das ist dem Thema nicht angemessen.

Ich möchte mich auf jeden Fall bei den zahlreichen Lehrkräften sowie den Mitarbeitern in den Gedenkstätten und in den Dokumentationszentren herzlich bedanken. Sie setzen sich mit großem Engagement dafür ein, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler intensiv mit den Ursachen und Auswirkungen der NS-Diktatur auseinandersetzen. Das ist wichtig. Wir brauchen verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger. Dazu wird in den Schulen der Grundstein gelegt. Dort findet die Persönlichkeitsentwicklung mit statt, dort findet die Werteerziehung mit statt. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Damit leisten wir einen Beitrag zu dem, was du, lieber Kollege Felbinger, gesagt hast: Wir sind nicht verantwortlich für das, was passiert ist; aber wir alle

tragen Verantwortung dafür, dass es nie wieder passiert. Wir müssen dieser Aufgabe gemeinschaftlich gerecht werden, dabei wachsam bleiben und die berechtigten Sorgen ernst nehmen. Aber ich denke, das tun wir alle gemeinschaftlich mit großer Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen: einmal Kollege Piazzolo, dann der Kollege Rosenthal. – Herr Piazzolo, bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, ich wollte auf den Vorwurf der Pauschalität eingehen. Wir weiten in unserem Antrag nur das aus, was auch die Staatsregierung tut. Die Staatsregierung ist zur Einsicht gekommen, dass eine verpflichtende Teilnahme am Gymnasium nicht ausreicht, und hat die Verpflichtung sukzessive auf Realschulen und jetzt Wirtschaftsschulen erweitert. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, alle Schularten einzubinden, natürlich mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, natürlich – dazu will ich auch noch etwas sagen – mit einer unterschiedlichen Verpflichtungsintensität. "Verpflichtend" bezieht sich auf die Klasse, aber nicht unbedingt auf den Einzelnen, wie wir das vom Sport und aus anderen Bereichen kennen. Wenn jemand verletzt ist, wird er nicht zu einer Sportfreizeit mitgehen. Wenn jemand krank ist, wird er nicht ins Schullandheim mitfahren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Insofern geht es nur darum – ich glaube, das ist der Punkt, um den wir gemeinsam streiten -, ob ein solcher Besuch für Schüler aus der Mittelschule oder gar aus der Förderschule genauso sinnvoll ist wie für Gymnasiasten. Ich sage es ganz offen: Ich kann diese Differenzierung nicht nachvollziehen, weil ich glaube, dass wir in der Pädagogik inzwischen so weit sind, dass wir die unterschiedlichen Schüler und Klassen gut auf so etwas vorbereiten können. Das wollte ich noch klarstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Zunächst müssten sich die FREIEN WÄHLER entscheiden, was sie eigentlich wollen. Wollen Sie einen Besuch der Gedenkstätten oder der Dokumentationszentren, oder von beidem? Es gibt von uns die nachdrückliche Empfehlung für einen Besuch der Gedenkstätten. In dem Antrag ist unklar, ob das inhaltlich ausgeweitet wird oder nicht; denn unsere Empfehlung richtet sich auf einen Besuch der Gedenkstätten, weil wir diese historischen Lernorte, die diese besondere Bedeutung haben, in der Auseinandersetzung mit dem Thema und im Rahmen der Erinnerungskultur für sehr wichtig halten. Es wäre gut, wenn die Differenzierung, die Sie jetzt vorgenommen haben, auch im Antrag erkennbar wäre. Insofern ist uns der Antrag zu pauschal. Ich glaube, es macht Sinn, ein so sensibles Thema nicht mit gewissermaßen handgestrickten Anträgen zu bearbeiten. Das wäre nicht verkehrt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Rosenthal, Ihre Zwischenbemerkung bitte.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Staatssekretär Eisenreich, erst einmal vielen Dank für die wohltuende Differenzierung in Ihrer Rede. Ich bemerke das Ringen, das Sie in dieser Rede zum Ausdruck gebracht haben. Meine Frage lautet: Ist es bei so viel Übereinstimmung in Ihrer Rede und angesichts der mehrfach von der antragstellenden Fraktion gekommenen Erklärung und ihres Eingehens auf die Einwände, die Sie vorgebracht haben und die auch uns an dieser Stelle bewegt haben – ich habe das zum Ausdruck gebracht – denn nicht möglich, dass wir eine gemeinsame Plattform finden und Sie sich als Fraktion und als Staatssekretär in der Verantwortung einen Ruck geben? Der Begriff "verpflichtend" ist doch sehr relativiert worden. Ich glaube, wir sind uns in pädagogischer Hinsicht einig, dass über alle Schularten hinweg gemäß der jeweiligen Schulart solche Besuche, entweder eines Dokumentationszentrums oder von Täterorten, durchaus möglich und sinnvoll sind. Ich frage Sie: Ist es in irgendeiner Form möglich, an dieser Stelle aufeinander zuzugehen? Ich wäre dafür sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Vielen Dank für Ihre Wortmeldung und für diesen wohltuenden Beitrag. Wir können natürlich nicht im Plenum anfangen, Anträge zu formulieren.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich biete aber gerne an, dass wir uns noch einmal zusammensetzen und versuchen, zu einem Gemeinsamen zu kommen. Unsere Differenzierung geht zunächst einmal dahin – das ist wichtig -, dass es einen Unterschied zwischen Dokumentationszentren und Gedenkstätten gibt. Unsere Empfehlung für eine Teilnahme hat sich auf die Gedenkstätten bezogen. Wenn hier ein erweiterter Begriff vorgeschlagen wird und dies auch in einem anderen Rahmen als verpflichtend gesehen wird, würde ich vorschlagen, dass wir uns zusammensetzen und überlegen, ob wir vielleicht zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Dies wäre dem Thema übrigens wesentlich angemessener als eine große Debatte im Landtag zu führen, obwohl die Ziele die gleichen sind. Ich biete es an. Wenn es gewünscht wird, koordiniere ich das auch gerne.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Wir sind jetzt mit der Zeit soweit, dass wir die namentliche Abstimmung durchführen können. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen sind jetzt bereit. Ich glaube, Sie sind damit einverstanden, dass ich die namentliche Abstimmung jetzt durchführe. Inzwischen sind 14 Minuten abgelaufen. Ja? – Dann bitte ich, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 19.57 bis 20.02 Uhr)

Die Zeit ist um, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen aus-zuzählen. Das Ergebnis geben wir wie immer später bekannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze jetzt wieder einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren und dem heutigen Sitzungsende entgegengehen können.

(Unruhe)

Ich kann die Sitzung erst wieder aufnehmen, wenn das so gewünscht wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei Tagesordnungspunkt 3 - -

(Anhaltende Unruhe)

Frau Kollegin Schulze hat gerade zu mir gesagt, es wäre allen zu wünschen, dass sie einmal eine Stunde hier oben sitzen.

(Erwin Huber (CSU): Wir können gerne tauschen. Ich bin dazu bereit! – Allgemei-ne Heiterkeit – Ingrid Heckner (CSU): Frau Schulze hat das gesagt, aber wenn sie hier unten ist, vergisst sie es!)

- Genau, wie so viele hier. Von der Antragsliste, Tagesordnungspunkt 3, ist noch die Nummer 16 offen. Sie wird auf Wunsch der SPD ebenfalls einzeln beraten.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER be-treffend "Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern", Drucksache 17/5334, bekannt geben: Mit Ja haben 60 gestimmt, mit Nein haben 68 gestimmt. Es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2015 zu Tagesordnungspunkt 3 Nr. 24: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern (Drucksache 17/5334)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			X
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			X
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	60	68	2